



Antrag

der Abgeordneten **Karl Freller, Alfred Grob, Jochen Kohler, Barbara Regitz, Thomas Huber, Sandro Kirchner, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer FREIE WÄHLER

Einzelhandel unterstützen – von Schließung bedrohte Galeria-Karstadt-Kaufhof-Standorte in Bayern retten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den Einsatz der Staatsregierung zur Rettung der Standorte des Warenhauskonzerns Galeria-Karstadt-Kaufhof. In den bereits laufenden Gesprächen mit der verantwortlichen Geschäftsführung und den Bevollmächtigten des Warenhauskonzerns Galeria-Karstadt-Kaufhof, den betroffenen Kommunen sowie insbesondere mit den Vermietern in Nürnberg-Langwasser, München und Ingolstadt ist darauf hinzuwirken, dass eine Schließung dieser Filialen verhindert werden kann bzw. ein unumgänglicher Arbeitsplatzabbau sozial verträglich gestaltet wird.

Begründung:

Die Geschäftsführung von Galeria-Karstadt-Kaufhof hat mit Meldung vom 20. Juni 2020 angekündigt, bundesweit 62 Warenhäuser zu schließen. Darunter befinden sich sechs Standorte in Nürnberg, Ingolstadt und München. Dies hätte für die Beschäftigten und die betroffenen Standorte schwerwiegende negative Folgen. Für die betroffenen Städte wäre dies ein schwerer wirtschaftlicher Schlag. In den von Schließung bedrohten Filialen in Nürnberg, München und Ingolstadt sind über 700 Arbeitsplätze direkt und weitere indirekt bedroht. Die Filialen von Galeria-Karstadt-Kaufhof sind Magnetbetriebe für Innenstädte und Einkaufszentren, von denen der gesamte umgebende kleinteilige Einzelhandel profitiert.

Die Staatsregierung soll in den Gesprächen mit den Verantwortlichen des Konzerns, den betroffenen Kommunen sowie mit den Eigentümern der Immobilien darauf hinwirken, die Schließung der Kaufhäuser in Nürnberg-Langwasser, München und Ingolstadt wenn möglich abzuwenden. Soweit dies nicht möglich ist, ist der unumgängliche Arbeitsplatzabbau sozialverträglich zu gestalten.